

Politikziel Lebensqualität?

Ein Kommentar

Heinz-Herbert Noll

Dir. em. Social Indicators Research Centre
GESIS, Mannheim

hh.noll@t-online.de

Lebensqualität = normatives Konzept

- ⇒ Kriterien für das „gute Leben“ und die „gute Gesellschaft“
- Maßstab zur Bewertung der faktischen Lebensumstände
- Zielgröße für die gesellschaftliche Entwicklung und politische Gestaltung der Lebensbedingungen

Sozialindikatoren- und Lebensqualitätsforschung

⇒ Immer schon enger Bezug zur Politik:

- Bereits in der frühen Sozialindikatorenbewegung neben Sozialwissenschaftlern auch „policy maker“ beteiligt
- Aufgabe Zukunft: **Verbesserung der Lebensqualität** = Thema IG Metall Kongress 1972
- Bundestagswahl 1972: SPD-Programm „Für Frieden, Sicherheit und eine bessere **Qualität des Lebens**“.
- OECD-Programm (of Work on Social Indicators) zur Messung der Lebensqualität in den 1970er Jahren
- ➔ Aktuelle Popularität der Thematik Lebensqualität in der Politik steht in längerfristigem Zusammenhang

Konzept der Lebensqualität und seine Messung (beyond GDP) genießen derzeit hohen Stellenwert in der Politik!

➤ Supranational, z.B.

- OECD – Better Life Initiative
- Eurostat Quality of Life Indicators and Report

➤ National, z.B.

- UK - Measuring National Well-being: Life in the UK
- Italien – BES: Equitable and Sustainable Well-being in Italy
- Deutschland – Regierungsstrategie "Gut leben"

⇒ Stiglitz et al. Report als Auslöser und Hintergrund für eine Vielzahl von politischen Initiativen zur Messung von Wohlstand und Lebensqualität "beyond GDP"

Lebensqualität als Politikziel?

⇒ Antwort hängt davon ab, was unter Lebensqualität verstanden wird:

- subjektives Wohlbefinden
- objektive Lebensbedingungen und Lebenschancen
- sowohl als auch

Subjektives Wohlbefinden als Politikziel?

- Ein "gutes Leben" ist mehr als Glück und Zufriedenheit
 - positive Funktionen von Unzufriedenheit auf der individuellen und gesellschaftlichen Ebene
 - "feeling well appears to be not good enough for a good life"
- ➔ "even if we assumed that happiness is the ultimate personal goal, happiness does not automatically become the ultimate political goal" (Duncan 2010)

➤ 2 Argumente gegen die Verfolgung von Glück als Ziel von Politik und Regierungshandeln:

- Lebenszufriedenheit oder Glück sind private Qualitäten “experienced through the interaction of the individual with the challenges thrown up by life. Mass-produced happiness is a contradiction in terms” (Furedi 2006).
- Warnung vor “Nanny State”: Politik sollte sich nicht um das Management von Emotionen und die subjektiven Befindlichkeiten der Bürger, sondern um öffentliche Angelegenheiten kümmern (Furedi 2003).

- Entscheidende Frage: Könnten Regierungen das subjektive Wohlbefinden ihrer Bürger steigern, wenn sie es wollten?
- Mehrheit der "happiness researcher" scheint die Frage zu bejahen
 - ⇒ Annahme, dass Ursachen und Bedingungen von Glück und Zufriedenheit empirisch identifiziert sowie geeignete politische Maßnahmen daraus abgeleitet werden können.
 - Andererseits erhebliche Zweifel an der Möglichkeit Glück und Zufriedenheit durch Politik zu steigern
 - ⇒ Besonders relevant: Ergebnisse der "Glücksforschung" wecken selbst Zweifel, dass das durchschnittliche Niveau des subjektiven Wohlbefindens durch die Politik **signifikant und nachhaltig** angehoben werden kann.

Hindernisse für eine Steigerung des SWB durch die Politik

1) "The **influence of genetics and personality** suggests a limit on the degree to which policy can increase SWB" (Diener & Lucas 1999: 227)

⇒ Empirical findings consistently show that at best ca. 30 % of total variance in life-satisfaction and happiness are explained by variables, which are in the reach of policy measures (e.g. Noll & Weick 2010).

2) "changes in the environment, although important for short-term well-being, lose salience over time through **processes of adaptation**, and have small effects on long-term SWB" (Diener and Lucas 1999: 227)

⇒ Generalization of Easterlin-Paradox!

⇒ **Anspruchsanpassung** —nach oben und unten— wahrscheinlich größtes Problem für eine Politik, die auf eine nachhaltige Steigerung des subjektiven Wohlbefindens abzielt!

➤ “**setpoint theory**”: behauptet weitreichende bzw. vollständig wirkende Mechanismen der Anspruchsanpassung und stellt damit die Möglichkeit einer Steigerung des subjektiven Wohlbefindens durch politische Maßnahmen grundsätzlich in Frage:

“If the goal of public policy is to improve subjective well-being, this theory leads to a nihilistic view of economic and social policy. **Setpoint theory implies that any measures taken to improve economic or social conditions can have only a transient effect on (subjective) well-being**” (Easterlin 2003: 2).

➤ **Anpassung der Ansprüche nach oben**

- Hedonic Treadmill!

⇒ führt tendenziell zu sinkenden Niveaus des subjektiven Wohlbefindens!

⇒ wichtige Impulse für gesellschaftlichen Wandel und Fortschritt, **unterminiert** aber **nachhaltige Steigerung des subjektiven Wohlbefindens**

➤ **Anpassung der Ansprüche nach unten**

- “Sour Grapes & Happy Slaves” - Problem!

⇒ Mechanismus, der das subjektive Wohlbefinden tendenziell stabilisiert!

⇒ Mag auf der individuellen Ebene Resilienz fördern und positive Funktionen haben, wirft aber für eine auf die Steigerung des SWB abzielende Politik Probleme auf:

- **SWB auf der Basis niedriger Ansprüche kann kein Politikziel sein!**

Lebensqualität → Politikziel!

... sofern verstanden als:

- objektive Lebensbedingungen (z.B. Gesundheitsversorgung, Umweltbedingungen, Arbeitsbedingungen, öffentliche Sicherheit, soziale Sicherheit etc.)
- Ressourcen (z.B. Einkommen, Qualifikationen)
- Gesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie vertrauenswürdige u. effektive Institutionen (z.B. Rechtstaatlichkeit, Freiheitsrechte, Arbeitsmarkt- und Erwerbschancen, Bildungschancen)

⇒ Vielfältige Möglichkeiten der politischen Gestaltung und Einflussnahme

z.B. Regulierung des Arbeitsmarktes, Gestaltung der sozialen Sicherheit und Gesundheitsversorgung durch Renten- oder Gesundheitspolitik, Förderung des Vertrauens in gesellschaftliche Institutionen, Schaffung von Gelegenheiten für Inklusion und politische Beteiligung, Begrenzung/Reduzierung von sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit, u.a. durch steuerpolitische Maßnahmen.

⇒ Eventuelle Zielkonflikte, z.B. mit Ziel der nachhaltigen Entwicklung

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit !

mailto: hh.noll@t-online.de